

SonntagsZeitung  
8021 Zürich  
044/ 248 40 40  
www.sonntagszeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 194'127  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 272.003  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 41  
Fläche: 75'751 mm²

# Die Wirtschaft im politischen Dauerkampf

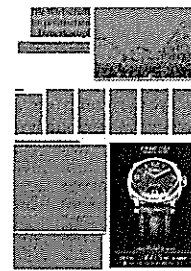
Masseneinwanderung und Ecopop sind erst der Anfang: Es stehen viele Abstimmungen an, die Firmen empfindlich treffen könnten



Hunderte Menschen demonstrierten am Samstag in Bern gegen die Ecopop-Initiative  
Jürg Meier

Foto: Keystone

Zürich Wenn Martin Naville, der ber of Commerce, die Liste mit den diert, treibt es ihm die Sorgenfalten  
Chef der Swiss-American Cham- anstehenden Abstimmungen stu- ins Gesicht. Denn: In den nächs-



SonntagsZeitung  
8021 Zürich  
044/ 248 40 40  
www.sonntagszeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 194'127  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 272.003  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 41  
Fläche: 75'751 mm<sup>2</sup>

ten Jahren steht eine fast unendliche Reihe von wirtschaftsrelevanten Themen an (siehe Tabelle). «Wir werden in dieser Zeit in einen politischen Flaschenhals geraten», warnt er. Die Komplexität der Themen sei enorm, die Stimmbürger seien gefordert. Die SP und die SVP betrieben jedoch Oppositionspolitik, die auf Vereinfachung und Parolen setze. Die Anliegen der Wirtschaft verlören darob an Gehör.

Auch Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt zeigt sich besorgt über den anstehenden Abstimmungs-marathon. Die Unsicherheit bei den Firmen steige mit jeder neuen Abstimmung, die auf die Traktandenliste komme. Gerade ausländische Unternehmen stellten sich zunehmend die Frage, was mit der guten alten Schweiz los sei. Vogt hofft nun auf das Volk. Es könne mit der Ablehnung von wirtschaftsfeindlichen Vorlagen wie Ecopop eine klare Botschaft senden – und damit der Wirtschaft im politischen Dauerkampf Luft verschaffen.

Die Frage ist allerdings, wie die Stimmbürger davon überzeugt werden sollen. Laut Martin Naville ist und bleibt es die Aufgabe der Schweizer Wirtschaftsverbände, die Interessen der Firmen und

damit der Wirtschaft zu vertreten.

### Manager von ausländischen Firmen halten sich zurück

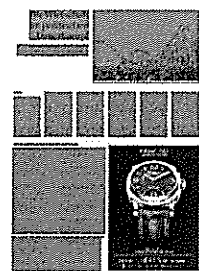
Er beurteilt die Arbeit etwa der Economiesuisse als sehr gut – dies im Gegensatz zur lauten Kritik, die seit Jahren auf den Verband niederprasselt. Hingegen meint er, dass sich die Manager der vielen internationalen Firmen in der Schweiz kaum in die Politik einmischen wollen – und meist auch nicht können. Viele von ihnen seien 200 Tage im Jahr in der ganzen Welt unterwegs.

Arbeitgeberpräsident Vogt widerspricht. Auch die ausländischen Unternehmen müssten ihren Teil beitragen, um die Wirtschaftsfreiheit in der Schweiz zu verteidigen. «Das kann man nicht einfach an die Verbände und die Politik delegieren.» Vogt räumt aber ein, dass es heute zum Beispiel praktisch unmöglich sei, dass der CEO einer börsenkotierten Unternehmung auch noch im Nationalrat sitze. «Eines der Geschäftsleitungsmitglieder könnte das aber vielleicht schon.» Christian Stiefel, Chef von Swissholdings, setzt seine Hoffnungen weiterhin auf die Politiker. Heute spielten verschiedene politische Kräfte «mit Zündhölzern», sagt der Vertreter der multinatio-

nen Konzerne in der Schweiz. Damit kritisiert er, dass viele Initiativen primär darum eingereicht werden, um Wahlkampf zu machen. Die gefährlichen Folgen eines Ja würden oft nicht richtig bedacht. Aus Sicht Stiefels müssen die wirtschaftsfreundlichen Parteien die Gräben auf der bürgerlichen Seite überwinden. Sie müssten einen Grundkonsens finden über die Rahmenbedingungen, welche die Wirtschaft in der Schweiz braucht. Sehr optimistisch ist Stiefel allerdings nicht. 2015 ist ein Wahljahr, die Polarisierung werde dadurch eher noch gefördert.

Manche Politiker trösten sich mit der Einsicht, dass bisher noch praktisch keine bedeutenden Firmen der Schweiz den Rücken gekehrt haben – allen Unkenrufen zum Trotz. Pharmariese Roche kündigte in Basel kürzlich gar neue Milliardeninvestitionen an.

Doch dieses Bild könnte täuschen. Martin Naville warnt, es handle sich um eine graduelle Entwicklung, weil viele Firmen nach und nach ihre Investitionen in der Schweiz herunterschraubten. «Es ist wie bei einem Gletscher. Den sieht man auch nicht schmelzen. Aber irgendwann ist er trotzdem weg.»



SonntagsZeitung  
8021 Zürich  
044/ 248 40 40  
www.sonntagszeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 194'127  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 272.003  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 41  
Fläche: 75'751 mm<sup>2</sup>

## Liste der wirtschaftsrelevanten Volksabstimmungen (Auswahl)

Volksabstimmungen	Problematische Punkte
<b>1. Direktwirtschaftsrelevant</b>	
Ecopop (30. November 2014)	Praktisch keine Zuwanderung mehr
«Rettet unser Gold» (30. November 2014)	Schwächung der Schweizer Nationalbank
Abschaffung der Pauschalbesteuerung (30. November 2014)	Imageschaden
Bedingungsloses Grundeinkommen (Botschaft des Bundesrats am 27. 8. 2014)	massive Umverteilung
Erbschaftssteuerreform (Abstimmung wohl im Frühling 2015)	erschwert die Nachfolgeregelung bei KMU
Ausstieg aus der Atomenergie (Botschaft des Bundesrats am 4. 9. 2013)	verteuert Energie, schafft schwieriges Umfeld für die Industrie
Schweizer Bankgeheimnis für das Inland (zustande gekommen)	negatives Symbol gegen aussen
<b>2. Indirekt wirtschaftsrelevant</b>	
Für Ernährungssicherheit (zustande gekommen am 29. 7. 2014)	weitere Subventionierung der Landwirtschaft; erschwert den Zugang zur Transatlantischen Freihandelszone
Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln (zustande gekommen am 17. 4. 2014)	negativer Einfluss auf Standort Schweiz für wichtige Rohstoffhändler und die umliegende Serviceindustrie
AHVplus (zustande gekommen am 15. 1. 2014)	weitere Erhöhung der Personalkosten in der Schweiz
Pro Service Public (Botschaft des Bundesrats am 14. 5. 2014)	Stärkung der Kartelle
Energie- statt Mehrwertsteuer (Beschluss des Parlaments am 26. 9. 2014)	Erhöhung der Planungsunsicherheit für Firmen in Steuerfragen
Grüne Wirtschaft (Botschaft des Bundesrats am 12. 2. 2014)	höhere Subventionen für Landwirtschaft, höherer Komplexitätsgrad für international tätige Firmen
Fair-Food-Initiative (Vorprüfung am 13. 5. 2014)	Abschottung, Stärkung von Kartellen
<b>3. Angenommene Initiativen mit Negativeffekten auf die Wirtschaft/ abgelehnte Initiativen mit Symbolispekt</b>	
Zweitwohnungsinitiative (Ja)	negatives Signal für Wirtschaftsfreundlichkeit der Schweiz, schwächt lokales Gewerbe
Minder-Initiative (Ja)	Komplexität für Unternehmen steigt
Masseneinwanderungsinitiative (Ja)	Fachkräftemangel, Gefährdung der Beziehung zur EU
Minarettinitiative (Ja)	schlechtes globales Signal
Mindestlohn (Nein)	negative Signalwirkung
1:12 – für gerechte Löhne (Nein)	negative Signalwirkung
<b>4. Wichtige Abstimmungen in den nächsten Jahren</b>	
Unternehmenssteuerreform III (wahrscheinliches Referendum 2016)	Komplexität des Steuersystems, höhere Steuern für Unternehmen
Umsetzung Minder-Initiative (wahrscheinliches Referendum 2016/17)	Gefahr einer weiteren Verschärfung, Unsicherheit
Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative (wahrscheinliches Referendum 2016)	Gefährdung der Beziehungen zur EU
Fortführung Bilaterale mit EU (wahrscheinliches Referendum 2017/18, eventuell zusammen mit Masseneinwanderung)	Gefährdung der Beziehungen zur EU
Beitritt zur Transatlantischen Freihandelszone/ Freihandelsvertrag mit den USA (mögliches obligatorisches Referendum 2018/19)	Einschränkung für international tätige Unternehmen in der Schweiz
Landesrecht vor Völkerrecht, SVP-Initiative	Isolation der Schweiz

Stand Oktober 2014; Einschätzung aus Sicht international tätiger Unternehmen. Quelle: Swiss-American Chamber of Commerce